

Stadtrat Chris Scheunchen
Haushaltspolitischer Sprecher

11.12.2017

Haushaltsrede DIE LINKE/future!

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Werter Herr Vorsitzender, werde Stadträtinnen und Stadträte, werter Herr Oberbürgermeister, werde Gäste!

Neues Jahr, neuer Haushaltsentwurf. Und an dieser Stelle dem Bürgermeister Herr Zimmermann und im speziellen seinem Team um den Fachbereichsleiter Dr. Hartung ein herzlicher Dank für die gewohnt gute Arbeit im Bereich der Erstellung des Haushaltes 2018.

Wir sind finanziell auf einem recht guten Weg. Das Haushaltsvolumen beträgt in diesem Jahr etwa 722 Millionen Euro, was eine Steigerung um rund 17 Millionen im Vergleich zum Jahr 2017 bedeutet. Schaut man sich die Kommunalkommunalhaushalte anderer vergleichbar großer Städte an, bewegen wir uns im oberen Mittelfeld. Darauf dürfen wir ruhig auch mal stolz sein. Die Landeshauptstadt steht auf guten Beinen. Wenn wir die sehr optimistisch angesetzten Einnahmen wie angenommen erhalten, die ebenso optimistisch angesetzten Ausgaben nicht aus dem Ruder geraten und wir keine weiteren unerwarteten Kostensteigerungen, gerade im Baubereich zu erwarten haben, dann kann dieser Haushaltsplan aufgehen. Wir sind an einigen Stellen dennoch skeptisch.

Investitionen in Höhe von knapp 90 Millionen im vergangenen Jahr ließen andere Kommunen neidvoll auf uns blicken. In diesem Jahr wird die Landeshauptstadt Magdeburg im investiven Bereich die dreistellige Millionenmarke durchbrechen. Über 100 Millionen Euro an neu geschaffenen Werten, viele sinnvolle, längst überfällige Maßnahmen. Wir bauen in den nächsten Jahren

insgesamt 10 neue Kitas und 3 neue Grundschulen, kurzum wir investieren viel Geld in nachfolgende Generationen. Diese Neubauten wären unserer Ansicht nach zwar schon vor Jahren nötig gewesen, dennoch sind wir als Fraktion froh, dass sie nun doch noch in die Tat umgesetzt werden. Einzig dürfen diese in den nächsten Jahren nicht das Ende der Fahnenstange sein. Wir müssen weiterhin in den Bestand investieren, Schulhöfe und Unterrichtsräume auch in Zukunft sanieren und renovieren, unsere Bildungslandschaft auf einem modernen Stand halten. Gerade wenn das Land dies an einigen Punkten ein wenig anders sieht und keine Mittel für die neue Grundschule in Stadtfeld freigeben will, stehen wir als Linke voll und ganz hinter der Entscheidung diesen Schulneubau aus Eigenmitteln in Angriff zu nehmen. Diese Investitionen sind nachhaltig und wichtig. Und wir rühmen uns als Stadt viel zu wenig damit. Andere Kreise müssen um den Erhalt jeder Schule kämpfen, weil nicht genügend Schüler*innen vorhanden sind, wir müssen schauen, dass wir überhaupt alle unterbekommen. Schaut man sich die aktuelle Entwicklung der Einwohnerzahlen an, so zeigt dies, dass wir den hier eingeschlagenen Weg weiter verfolgen müssen. Magdeburg erfreut sich gerade bei jungen Familien zunehmender Beliebtheit. Und dies führt zu steigenden Kinderzahlen in der Zukunft. Aber zu einer lebenswerten Stadt gehört neben guten Bildungseinrichtungen noch mehr. Eine große Vielfalt an Kultureinrichtungen zum Beispiel. Für eine Stadt, die den Anspruch trägt im Jahre 2025 Kulturhauptstadt Europas zu werden, sind Investitionen in den Kulturbereich kein Zwang, sondern Selbstverständlichkeit. Diesen Prozess haben wir als Linke stets begleitet und angeschoben. Dementsprechend freuen wir uns, dass auch im nächsten Jahr wieder ein dickes Investitionsplus im Kulturbereich auftaucht. 7,6 Millionen sollen es 2018 sein. In den Folgejahren dann 17 bzw. 27 Millionen. Schaut man aber genauer darauf, woraus dieses Kosten resultieren, stellt sich bei uns ein wenig Ernüchterung ein. Den Großteil bildet der Umbau der Stadthalle. Ohne Frage eine der größten Kulturstätten unserer Stadt. Und deshalb kämpft meine Fraktion auch schon seit Jahren für die Sanierung eben jener. Wir freuen uns dar-

über, dass auch dies nun endlich in die Tat umgesetzt wird. Die Sanierung aber als große Kulturinvestition für die Kulturhauptstadtbewerbung zu verkaufen hinterlässt einen merkwürdigen Beigeschmack. Längst notwendig wäre sie gewesen und unserer Meinung nach wurde sie auch zu lange aufgeschoben. Es jetzt als innovatives Projekt zu verkaufen, ist nicht das was wir uns als Investition im Rahmen der Kulturhauptstadt gewünscht hätten. Nichts desto trotz - ein höheres Kulturbudget, mit uns auch in den nächsten Jahren gerne wieder. Nur eine kleinere Änderung hätten wir dann doch noch. Denn zu einer Kulturhauptstadt gehört neben großen Kulturinstitutionen auch die Subkultur. Wie breit und vielfältig diese ist, zeigt letztlich welchen Stellenwert der Kulturbereich in einer Stadt hat. Deshalb möchten wir gerne einen eigenen Finanztopf für die Förderung der Subkultur in Höhe von 30.000 € einrichten. Mit diesem sollen kleinere kulturelle Projekte einfach und unkompliziert unterstützt werden. Eine Kulturhauptstadt sollte sich auch so einen Finanztopf leisten können!

Doch Kultureinrichtungen und speziell die Stadthalle können nicht ohne entsprechende Verkehrsinfrastruktur leben. Uns steht in den nächsten Jahren ein sowohl finanzielles als auch strukturelles Großprojekt bevor - der Neubau des Strombrückenzuges. Definitiv ein teures Unterfangen. Aber ein Notwendiges. Der Erhalt einer der wichtigsten Verbindungen für alle Menschen in Ostelbien zum Rest der Stadt und eine der beiden wichtigen Elbquerungen für den MIV. Eine Investition, die es uns finanziell verbieten sollte darüber nachzudenken, ob wir in der Zukunft weitere Elbquerungen schaffen. Leidlich müssen wir feststellen, dass sie das nächste Großprojekt darstellt, welches finanzielle Mittel frisst, die für andere Infrastrukturmaßnahmen in den nächsten Jahren nicht ausreichend zur Verfügung stehen werden. Und auch hier zeigt sich die kurzfristige Bauplanung der Stadt. Ursprünglich einmal deutlich günstiger geplant, sorgen nun äußere Einflüsse wie der aktuelle Bauboom, der Baupreise in allen Bereichen und Regionen nach oben treibt, für Kostensteigerungen. Altbekannte Probleme: Sanierungsmaßnahmen werden nicht rechtzeitig angegangen, es

wird auf Verschleiß gefahren, bis es nicht mehr geht. Gäbe es nicht jene Probleme mit der Statik der Anna-Ebert-Brücke, ich bin mir sicher, wir hätten den Neubau der Brücken immer noch nicht auf dem Tisch gehabt. Und genau so wird auch bei allen anderen Straßen, Fuß- und Radwegen verfahren. Nichts investieren, bis es nicht dringend sein muss. Dies scheint in den letzten Jahren die Prämisse der Landeshauptstadt zu sein.

Gerade in die Radverkehrsinfrastruktur wird unseres Erachtens nach zu wenig investiert. Klar, bei neuen Baumaßnahmen wird der Radverkehr immer mit eingeplant. Sollte sich aber auch von selbst verstehen. Bestehende Radwege werden gemäß Investitionsprioritätenliste zwar ausgebessert, mehr als eine handvoll Projekte pro Jahr sind jedoch finanziell nicht möglich. Das dies alles Sachzwänge sind, kann auch meine Fraktion nicht ignorieren. Dennoch möchten wir dem Thema Radverkehr wie in vergangenen Jahren einen größeren Stellenwert zukommen lassen. Wir wünschen uns 10000 Euro mehr für die Öffentlichkeitsarbeit rund um den Radverkehr und wollen insgesamt 3 Millionen Euro in die Radverkehrsinfrastruktur im innerstädtischen Bereich investieren. Hiermit sollen vor allem bestehende Radwege repariert, aber auch neue Wege gestaltet werden.

Das sich dies finanziell als schwierig gestaltet ist uns bewusst, denn - über all diesen Maßnahmen schwebt noch das große Damoklesschwert Tunnel. Ein 139 Millionen Euro teures Projekt, welches den innerstädtischen Verkehr nun wohl doch etwas länger als ursprünglich geplant einschränkt. Die Stadt ist nicht alleinig am Bau und den Kosten beteiligt, unter dem Strich bleiben dennoch 67,3 Millionen Euro bestehen, die wir als Kommune zu tragen haben. Alleine im Jahr 2017 mussten durch den Stadtrat bereits Mehrkosten in Höhe von rund 40 Millionen Euro beschlossen werden. Und wer garantiert uns, dass diese Kosten im nächsten Jahr nicht noch weiter steigen werden? Vermeidbare Planungsfehler, beispielsweise wurde plötzlich festgestellt, dass nahestehende Gebäude von der Baumaßnahme in ihrer Standfestigkeit gefährdet sein könnten und teilweise nicht nachvollziehbare Nachtragsforderungen sind Um-

stände, die deutlich früher hätten festgestellt werden können, ja sogar müssen. Aber es wurden auch Einsparpotenziale gefunden. Kosten, die zur Fertigstellung nicht zwingend notwendig sind, über deren Fehlen wir als Linke und auch der Rest des Rates sich wohl recht bald ärgern dürfte. Wir sparen an der Tunnelumfeldgestaltung. Wir stellen uns nicht nur eine Betonröhre mitten in die Innenstadt, nein wir machen uns nicht mal die Mühe diesen Tunnel auch ordentlich zu verkleiden und zu gestalten. Und genau deshalb stellt meine Fraktion auch heute einen Änderungsantrag an den Haushalt, der Planungsmittel für das nächste Jahr vorsieht, mit denen die Ergebnisse des damaligen Wettbewerbes zur Umfeldgestaltung in den nächsten Jahren umgesetzt werden können. Damit wir aus der Situation das Beste machen und am Ende weder an Optik noch Funktionalität gespart haben.

Eventuelle Alternativen zu diesem Tunnel sollen nicht mehr diskutiert werden. Schade, wir hätten uns gewünscht, dass geprüft wird, ob Alternativvarianten günstiger ausfallen könnten. Aber die Mehrkosten haben, wenn man der Argumentation des Finanzbeigeordneten folgt, nicht nur negatives an sich. Da heißt es, der Tunnel würde sich im Anlagevermögen der Stadt niederschlagen. Und höheres Anlagevermögen bedeutet, dass die Kommune insgesamt besser da steht. Schlüssige Argumentation soweit. Aber höheres Anlagevermögen bedeutet eben auch höhere Abschreibungen in den Folgejahren. Und verfolgt man diese Argumentation weiter, würde es im Umkehrschluss bedeuten, dass jedes Bauvorhaben, welches teurer als geplant wird, grundsätzlich ein gutes Vorhaben ist. Es schlägt sich schließlich positiv in der Bilanz nieder. Tut mir leid, aber dieser Argumentation kann ich nicht folgen. Jeder Euro, der bisher in den Tunnel investiert wurde war einer zu viel und jeder, der noch investiert wird, wird einer zu viel sein.

Doch welche Posten müssen unter den Mehrausgaben in diesem Bereich leiden? Die Personalausgaben nicht, möchte man zumindest meinen. Die vorliegenden Änderungsanträge für zusätzliche 30 Personalstellen lassen vermuten, die Landeshauptstadt sei gut aufgestellt, kommt jedoch mit dem bestehenden

Personal nicht hin. Dies ist an vielen Stellen auch der Fall, aber nicht weil Personalstellen fehlen, sondern weil sie schlichtweg unbesetzt sind. Ausschreibungen laufen immer wieder, einige Stellen sind aber einfach nicht besetzbar. In finanzieller Hinsicht mit Sicherheit ein Gewinn für den Haushalt. Jede unbesetzte Stelle schafft einen kleinen finanziellen Freiraum im Haushalt. Minderausgaben im Personalbereich bedeuten insgesamt ein positiveres Finanzergebnis am Jahresende. Auch deshalb fragen wir uns: Schaffen wir wirklich Stellen, die besetzt werden oder schaffen wir mit den Stellen nur zusätzliche finanzielle Freiräume im Haushalt?

Und auch im Sozialbereich würden wir uns noch den ein oder anderen Aufwuchs wünschen. Mit 326 Millionen Euro bildet dieser Teilbereich schon fast die Hälfte des Gesamthaushaltes, allerdings ist er auch mit heißer Nadel genäht und stets eng bemessen. Überplanmäßige Aufwendungen im Deckungskreis KiföG oder im Deckungskreis Kosten der Unterkunft waren in den vergangenen Jahren keine Seltenheit. Wir gehen davon aus, dass die kalkulierten Bedarfe korrekt sind und wir in diesem Jahr keine Erhöhungen im Laufe des Jahres erwarten müssen. Stattdessen schlagen wir ein paar kleine Änderungen im Sozialbereich vor. Zum einen würden wir gerne die Antragsberechtigung für den Magdeburg-Pass ausweiten. In Deutschland gilt als arm, wer weniger als 60 % des mittleren Einkommens zum Leben hat. Momentan ist antragsberechtigt, wer nicht mehr als den 110 % Bedarf nach dem 3. Kapitel des SGB XII zu Verfügung hat. Um aber alle Menschen, die qua Definition als arm gelten, zu erfassen, ist es aus unserer Sicht nötig den Schwellenwert für die Antragsberechtigung auf Menschen mit nicht mehr als 125 % des Bedarfes nach SGB XII zu erhöhen. Dies entspricht in etwa jenen 60 % des mittleren Einkommens. Eine Stadt, die sich Bauprojekte im dreistelligen Millionenbereich leisten kann, sollte sich auch eine Viertelmillion mehr für die Ärmsten der Stadt leisten können.

Weiterhin möchten wir die Debatte um ein Schülerfreizeitticket für alle Schüler*innen anstoßen. Bisher kommen nur jene in den Genuss eines Schülerfrei-

zeittickets, die bereits eine gültige Schülerjahreskarte besitzen. Zudem sind die Bedingungen des bisherigen Tickets alles andere als praxisorientiert. Zwar gilt es an Wochenenden, Feiertagen und in den Ferien ganztags, an Schultagen jedoch erst zu Zeiten, zu denen nur wenige Schüler*innen wirklich von diesem Ticket profitieren. Lassen Sie uns deshalb ein Schülerfreizeiticket für alle schaffen, das diesen Namen auch wirklich verdient hat.

Das für diese Wünsche in diesem Haushaltsentwurf kein Platz mehr zu sein scheint ist kein Novum. Nach Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben bleibt ein Plus von etwa 300.000 Euro übrig. Dieses bildet den Spielraum, der für Änderungsanträge zur Verfügung steht. Es ist sehr schade, dass unsere Einflussmöglichkeiten auf Änderungen im Haushalt so gering sind. Das Korsett ist eng und es droht zu platzen. Rechnet man all unsere Anträge zusammen, dann kommt man auf etwa 3,4 Millionen. Hört sich erst einmal viel an, ist letztlich aber nur ein halbes Prozent des Gesamthaushaltes. Und bei Kostensteigerungen um mittlerweile fast 250 % bei Bauprojekten wie dem Tunnel, sollte es uns doch möglich sein, diesen Haushaltsentwurf marginal um dieses halbe Prozent verändern zu können.

Meine Fraktion wird deshalb die Abstimmungsergebnisse unserer Anträge bei der heutigen Sitzung als Grundlage für die Zustimmung oder die Ablehnung des vorliegenden Haushaltsentwurfes nehmen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.